Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg - Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham01@googlemail.com, www.mundolibre.de

Heinz W. Bartels, Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg

Freie und Hansestadt Hamburg Bezirksamt Wandsbek Soziales Dienstleistungszentrum Herrn Je Wandsbeker Allee 73 22041 Hamburg

Hamburg, 06. Juni 2013

W/SDZ 21 - BarteHe30081940

Sehr geehrter Herr K

mein Vater war Beamter im höheren Dienst (oder wie auch immer das genannt wird) der Hessischen Landesregierung. Als ich etwa 17 oder 18 Jahre alt war diskutierte ich mit ihm die Stellung des Beamtentums und die Rechte und Pflichten eines Beamten gegenüber seinem Dienstherrn und umgekehrt. Er machte mir klar, dass er seinem Dienstherren, dem Staat, gegenüber Loyalität schuldet und dieser ihm gegenüber eine Fürsorgepflicht auszuüben hat. Der "Staat" seien jedoch die Bürger, die letztendlich durch Zahlungen von Steuern und Abgaben für seinen Unterhalt und den unserer Familie aufkommen. Somit hat er auch deren Interessen gegenüber seinem Dienstherrn durch menschliche, sozialverträgliche und solidarische Entscheidungen im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten und Verwaltungsvorschriften zu vertreten.

An diese Lehrstunde erinnere ich mich noch heute nach über 50 Jahren; ich messe daran die Leistungen und das Handeln, die Entscheidungen von Beamten/Beamtinnen und MitarbeiterInnen von Behörden – somit auch Ihre und die Ihrer MitarbeiterInnen untergeordneter Dienststellen.

Sie bitten mich, dass ich meine Wortwahl überdenke. Ich versichere Ihnen, dies tue ich mit grosser Sorgfalt. Das gründliche Überdenken meiner Aussagen und damit die Prüfung meiner Formulierungen ist mit ein Grund, dass ich Ihren Vorschlag zu einem Gespräch nicht annehmen kann – es sei denn eine Nichtbefolgung führt zu einer Leistungskürzung oder Verweigerung. In diesem Fall sollten Sie mir eine entsprechende Aufforderung zukommen lassen.

Ich will versuchen Ihnen die Gründe für meine Wortwahl zu erklären:



Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg - Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham01@googlemail.com, www.mundolibre.de

Lt. vorliegendem Leistungsbescheid übernimmt Ihre Behörde für mich die monatlichen Zahlungen meiner Mietkosten. Wenn ich mich nicht irre, wurden diese Zahlungen in diesem Jahr für den Monat Mai zum dritten Mal nicht termingerecht bezahlt. Für diesen Monat und einen weiteren waren 2. Mahnungen erforderlich. Über die Folgen für meine Person habe ich Sie in meinem Brief vom 13.05. informiert.

Bislang konnte ich von Ihrer Behörde keine Bestätigung über die erfolgten Überweisungen und zukünftige pünktliche Zahlungen feststellen; ich hatte darum gebeten. Eine Erklärung über den Grund der Zahlungsverzögerungen nannte mir Ihre Behörde nicht; während meiner beruflichen Tätigkeit wäre eine solche Erklärung mit einer angemessenen Entschuldigung in jedem Fall üblich gewesen.

Mit Datum vom 01.05., Postausgang 02.05., beantragte ich eine Sozialkarte für den öffentlichen Nahverkehr. Erhalten habe dieses Dokument nach vier Wochen. In der Vergangenheit betrug die Bearbeitungszeit, Postlaufzeit eingeschlossen, etwa 4-5 Tage. Somit musste ich für den Monat Mai einen erhöhten Fahrpreis zahlen. Ist das sozial, ist das menschlich? Eine Erklärung für diese lange Bearbeitungszeit habe ich nicht erhalten – ich bitte darum!

Für mich ist dies eine menschliche Missachtung meiner Person. Einen Grund hierzu kann ich nicht erkennen. Auf solches Handeln reagiere ich entsprechend. Es liegt folglich an Ihnen und Ihrer Behörde Ihr Handeln zu überdenken.

Sie beantworten meine konkrete Frage nicht; warum?

Am 17. April 2013 stellte ich die Frage nach der Quelle der von e.on Hanse festgesetzten monatlichen Abschlagszahlung. Einen entsprechenden Antrag zur neu festgesetzten Höhe habe ich nicht gestellt. Ich erkenne die Höhe der Forderung auch nicht an. Dennoch zahlt Ihre Behörde in meinem Namen aus meiner Sicht unrechtmässige Forderungen.

Zur Forderung von e.on liegt dem Amt mein ausführlicher Bericht vom 08. 11. 2011, meine weitere Stellungnahmen vom 05.12.2011 und 04. 07. 2012 vor. Ich habe der Dienststelle Kopie meiner Bitte an e.on um eine Zweitschrift der laufenden Abrechnung übergeben. In dieser Angelegenheit vertrete ich die Meinung, dass ich über meine Mitwirkungspflicht hinaus gehandelt habe. Offensichtlich werden solche zusätzlichen Mühen und der Versuch, Geld zu sparen, von der Behörde nicht gewürdigt. In Zukunft werde ich hier keine Initiativen mehr entwickeln.

In diesem Land darf ein Minister über 1.3 Milliarden Euro in ein Projekt versenken, von dem schon lange bekannt ist, dass zu keinem Nutzen bringendem Ende führen wird. Weder der zuständige Minister oder zuständige Ministerialbeamte werden sanktioniert. Auch die Chefin nicht unter deren Herrschaft das Geld verschleudert



Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg - Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham01@googlemail.com, www.mundolibre.de

wird. In Presseberichten kann ich lesen, dass die Höhe des entstandenen Schadens noch nicht beziffert werden kann.

In Berlin wird ein Flughafenprojekt so dilettantisch geplant und ausgeführt, dass die Eröffnung wenige Tage vor dem Termin auf unbestimmte Zeit verschoben werden muss. Die politisch verantwortlichen lächeln weiter in die Kameras. Wiederum: keine Sanktionen.

In Hamburg verteuert sich ein Prestigeprojekt innerhalb von wenigen Jahren auf das 10-fache. Ein Spottlied auf den Prachtbau muss umgetextet werden; die darin genannten Summen stimmen nicht mehr (Gruppe Gutzeit). Keine Sanktionen gegen die Verantwortlichen aus den politischen Lagern.

Eine Mitarbeiterin der Arbeitsagentur handelt menschlich. Folge: sie wird vom Dienst freigestellt. Wer also nur etwas Grundrechtsehre in sich verspürt und sich bürgerschaftlich gegen mögliche Grundrechtsverletzungen wehrt wird mit Sanktionen überzogen. Mir zeigt dies das Unvermögen der Behörde, sich selbstkritisch mit teilweise unmenschlichen Zuständen politisch auseinander zu setzen. Sie haben Angst, dass menschliches Handeln einer Person Schule machen könnte.

Aus dieser Sicht kann ich auch das Handeln der zuständigen Mitarbeiterin in Bramfeld verstehen; sie riskiert offensichtlich ihre Arbeitsstelle sollte sie vernünftig und menschlich handeln. Dass vernünftiges, praxisbezogenes Handeln möglich ist, hat mir Ihr Amtsleiter demonstriert: er hat vom Ministerium in Berlin – damals war Herr Scholz noch Bundesminister – meine Anfrage zur Bearbeitung erhalten und in meinem Sinne entschieden. In einem Telfongespräch äusserte er sich singemäss: "Manche Dinge kann man nicht nach Paragraphen und Verwaltungsvorschriften entscheiden. Man muss Verstand und Logik einsetzen und so zu einem sinnvollen Ergebnis kommen." Damals schöpfte ich Hoffnung, die inzwischen restlos verflogen ist.

Heute stimme ich der Feststellung des französischen Philosophen und Soziologen Pierre Joseph Proudhon¹ zu (Ich muss hier einen längeren Text zitieren; eine mögliche Kürzung sehe ich nicht):

"Regiert sein, das heißt unter polizeilicher Überwachung stehen, inspiziert, spioniert, dirigiert, mit Gesetzen überschüttet, reglementiert, eingepfercht, belehrt, bepredigt, kontrolliert, eingeschätzt, abgeschätzt, zensiert, kommandiert zu werden durch Leute, die weder das Recht, noch das WISSEN, noch die Kraft dazu haben...

¹ Pierre-Joseph Proudhon (*15. Januar 1809 in Besancon; gest. 19. Januar 1865 in Paris) war ein französischer Ökonom und Soziologe. Er setzte sich für die Abschaffung der Ausbeutung und der Regierung des Menschen durch den Menschen ein. Zitiert nach Wikipedia.



3/5

Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg - Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham01@googlemail.com, www.mundolibre.de

Regiert sein heißt, bei jeder Handlung, bei jedem Geschäft, bei jeder Bewegung versteuert, patentiert, notiert, registriert, erfasst, taxiert, gestempelt, vermessen, bewertet, lizensiert, autorisiert, befürwortet, ermahnt, behindert, reformiert, ausgerichtet, bestraft zu werden.

Es heißt, unter dem Vorwand der Öffentlichen Nützlichkeit und im Namen des Allgemeininteresses ausgenutzt, verwaltet, geprellt, ausgebeutet, monopolisiert, hintergangen, ausgepresst, getäuscht, bestohlen zu werden; schließlich bei dem geringsten Widerstand, beim ersten Wort der Klage unterdrückt, bestraft, heruntergemacht, beleidigt, verfolgt, mißhandelt, zu Boden geschlagen, entwaffnet, geknebelt, eingesperrt, füsiliert, beschossen, verurteilt, verdammt, deportiert, geopfert, verkauft, verraten und obendrein verhöhnt, gehänselt, beschimpft und entehrt zu werden.

Das ist die Regierung, das ist ihre Gerechtigkeit, das ist ihre Moral."

Sanktionen im Hartz-IV System und anderen Sozialsystemen müssen abgeschafft werden. Leistungskürzungen verletzen das Grundrecht der Betroffenen auf Sicherung ihrer Existenz. Sie können nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilhaben – auch ohne Kürzung ist dies überwiegend nicht möglich.

Zudem werden fast 50% der Widersprüche und über 50% der Klagen vor Sozialgerichten zu Gunsten der Betroffenen entschieden. Es wird in der Masse rechtswidrig sanktioniert. Gibt Ihnen dies nicht zu denken?

Erhalte ich ein Strafmandat, kann ich dagegen angehen und ein Gericht entscheiden lassen. Bis zur Rechtswirksamkeit eines Urteils muss ich keine Zahlung leisten. Sanktionen im Sozialbereich sind der Willkür der SachbearbeiterInnen ausgesetzt, die nach meinem Wissensstand stark von ihren Vorgesetzten dazu ermuntert werden. Ich höre Gerüchte, dass auch die dienstliche Beurteilung nach der Masse ausgesprochener Zwangsmassnahmen abhängig ist. Will der Betroffene Klagen muss er sich mit mehrere Monate dauernden Bearbeitungszeiten abfinden bevor eine Klage zulässig ist. Sehr gut hat sich hier die Verwaltung abgesichert.

Dies kann und darf keine Gerechtigkeit sein im Sinne des sogenannten demokratischen Grundgesetzes. Hier muss ich mir ernsthaft die Frage stellen: liegt ein Fehler im System oder ist das System selbst ein Fehler?

Es regt sich Widerstand. Der friedliche Protest von Tausenden vor der EZB setzt ein starkes Zeichen der Solidarität. Teilnehmer werden hier brutal von der Staatsmacht zusammengeschlagen und so an der Ausübung ihrer demokratischen Rechte gehindert.



Haldesdorfer Strasse 117, 22179 Hamburg - Tel.: 040-64662182

E-Mail: hwbham01@googlemail.com, www.mundolibre.de

Hierzu schreibt die Tageszeitung "Junge Welt" am 03.06.:

"(…) Doch immer mehr Menschen wird bewußt: Wenn es gegen die Kräfte geht, die den europäischen Kapitalismus tatsächlich beherrschen, endet die Demokratie. Die Friedensnobelpreisträgerin EU versteckt sich hinter ihren Uniformierten, um den sonst so oft beschworenen »Souverän« in die Schranken zu weisen (…)"

Tatsache ist aber, dass die Empfänger von Sozialleistungen keinen Widerstand wagen. Sie haben Angst, dass ihnen auch noch die letzte bescheidene Lebensgrundlage genommen wird. Sie kuschen und sind unterwürfig vor der so genannten Obrigkeit. Das Zusammenkommen von 36.000 "Aufstockern" in Hamburg + die Masse anderer Empfänger von Transferleistungen würden eine eindrucksvolle Demonstration vor dem Rathaus darstellen. Leider sind die betroffenen Menschen nicht vernetzt und es wird wohl nicht dazu kommen. Das ist genau Ihre Politik, die das Handeln Ihrer MitarbeiterInnen bestimmt.

Diese Politik und dieses Handeln (Recht hat der, der sein vermeintliches Recht durchsetzen kann) stehen in krassem Widerspruch zur Aussage der Allegorie an der Front des Rathauses. Diese drückt aus, dass in der Freien- und Hansestadt Hamburg Bürger und ihre Tugenden über den Herrschenden stehen.

Ich werde nicht aufgeben, ich werde nicht betteln, auch wenn dieses Handeln dem Kampf Don Quijotes mit den Windmühlen gleichkommt.

«El Pueblo unido, jamás será vencido» ("Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden") lautet die Kernaussage in einem chilenischen Lied, das zum Symbol des Widerstandes gegen die faschistische Diktatur Pinochets wurde und ist. Leider fehlen bei der Bevölkerung Nordeuropas heute der Wille und die Kraft zum aktiven Widerstand. Er war einmal da: Meine ehemalige Schulkameradin Ulrike Meinhof hat es in den Anfangsjahren ihrer politischen Tätigkeit gezeigt. Hierzu will ich feststellen: mit dem Abgleiten zu kriminellen Taten kann ich mich nicht identifizieren. Allerdings verstehe ich ihre Begründung hierzu und kann diese nachvollziehen.

Sollten Sie in diesem Brief anarchistische Gedanken feststellen, sind solche nicht ungewollt. "Anarchie ist Ordnung ohne Herrschaft" stelle Herr Proudhon im 19. Jahrhundert fest. Der Ordnung halber sei darauf hingewiesen, dass dieser Brief öffentlich zugänglich sein wird.

Mit freundlichen Grüssen

Heinz W. Bartels

Anmerkung: = Zensur durch die Freie und Hansestadt Hamburg

